

DIALOG

Liebe FR,

in den Kurznachrichten auf Seite 9 vom 27. September kommt ein kapitaler Fehler vor. Dort werden „Sozialdemokraten“ genannt, die bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2017 28 Prozent der Stimmen erhalten haben sollen (im Vergleich zu 38 Prozent, die den Sozialisten damals zugute kamen). Es gibt in Portugal in der Tat eine Partei namens „Partido Social Democrata“, die in dem auf Portugal bezogenen Kurztext „Sozialdemokraten“ genannt wird. Sie ist aber überhaupt nicht das, was wir in Deutschland und in den meisten europäischen Ländern unter Sozialdemokraten verstehen. Vielmehr ist sie die portugiesische Schwesterpartei der CDU und der CSU und gehört wie diese auf europäischer Ebene (v.a. im EU-Parlament) der EVP an („Europäische Volkspartei“). Die portugiesische Schwesterpartei unserer SPD sind die portugiesischen Sozialisten! Jürgen Kasiske, Hamburg

Lieber Herr Kasiske,

Sie haben völlig recht, wenn Sie eine angemessene Einordnung verlangen. Die „Partido Social Democrata“ ist eine konservativ-liberale Partei und sollte nicht mit unseren Sozialdemokraten verwechselt werden. Nicht alles, was sich sozial nennt, ist links. Um das zu erkennen, muss man allerdings nicht erst nach Portugal schauen, ein Blick nach Bayern genügt. Dort trägt die konservative CSU das „S“ für „sozial“ im Namen. Gleichwohl ist die Übersetzung des Parteinamens „Partido Social Democrata“ aus dem Portugiesischen nun mal leider „Sozialdemokraten“. In unseren Kurzmeldungen ist manchmal nicht ausreichend Platz, um alle wichtigen Details unterzubringen. In unserer Berichterstattung insgesamt liefern wir jedoch die nötige Einordnung. Bronski, FR-Forum



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211004

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das Liebfrauenforum über Obdachlosigkeit in Frankfurt. Auf dem Podium sitzen Kapuzinermönch Bruder Paulus, die Frankfurter Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP) und Bernd Reisig, Gründer der Stiftung „Helfen helfen“. Anmeldung unter keb.frankfurt@bistumlimburg.de. Es gelten die 3G-Regeln. Auf dem Youtube-Kanal des Bistums Limburg gibt es einen Livestream. **Donnerstag, 7. Oktober, 19.30 Uhr Liebfrauenkirche, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert begrüßt im Club Voltaire diesmal Gäste von der FR. Mit Chefredakteur Thomas Kaspar und den Redakteurinnen Valerie Eisler und Helen Schindler schaut er auf Vergangenheit und Zukunft der Frankfurter Rundschau. Dabei wird auch das neue FR-Buch „Haltung zählt“ vorgestellt. **Montag, 11. Oktober, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

FR-Blog: Anfällig für die einfachen Parolen

Aus der Diskussion über den Ausgang der Bundestagswahl, speziell zum Ergebnis der Partei Die Linke. Erwidern auf die Zuschriften von Jochim Maack und Peter Eickmann (Forum vom 29. September)

Kein Platz für soziale Gerechtigkeit

Jochim Maack, Sie sagen es. Die Niederlage der Linken ist katastrophal! Eine Gesellschaft, die so zersplittert, verunsichert und so anfällig für die einfachen Parolen (etwa „Rote Socken“ oder die Kommunismus-Angst) ist, die traut sich nicht mehr, links zu wählen. Ein gutes Sozialprogramm hat keine Resonanz mehr. Der Rechtsruck wird nicht mehr aufzuhalten sein, auch wenn die AfD Federn gelassen hat. Der Rechtsextremismus bleibt.

Dann: Die Wirtschaft ankurbeln! Den Konsum befeuern! Die Digitalisierung ohne Alternative! Da ist kein Platz für die Armutsfrage, kein Platz für soziale Gerechtigkeit, kein Platz für anständigen Lohn. Kein Blick für das steigende soziale Elend in den Metropolen usw. Nur noch oben und die bunte Mitte zählen. Auch das junge Publikum sucht die gelbe und grüne Farbe. Nicht alle, aber nicht wenige.

Und: Die Arbeitswelt, die Arbeiterschaft: Wer will da noch eine Geschlossenheit ausmachen in dieser „heimatlosen“ Masse von prekären und gestressten Beschäftigten?

Die Klimakatastrophe ist zwar in aller Munde, aber wirklich ernst nehmen es nur die bewegten Menschen von „Fridays for Future“. Schöne neue Welt.

Jürgen Malyssek

Ein konstruktiver Umgang mit der Nato-Frage

Dass aus lauter Regierungsgeilheit die friedenspolitischen Grundsätze der Partei Die Linke verraten worden seien, würde ich auf keinen Fall unterschreiben. In Diskussionen auch mit

eigentlich fitten Vertretern der Linken ist mir aufgefallen, dass wichtige Fakten nicht bekannt sind, demzufolge auch nicht berücksichtigt werden. Zu bedenken ist etwa, dass es im Ergebnis der Verhandlungen über den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik das sowjetische Einverständnis gab, dass ganz Deutschland Nato-Mitglied werden kann, das Territorium der DDR aber nicht von der Nato genutzt wird. Das entsprang tatsächlich dem Wunsch Michail Gorbatschows und seines Außenministers Eduard Schewardnadse, dass das größere Deutschland durch die Nato eingeehrt wird. Man versicherte dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl, dass man ihm persönlich vertraue, aber nicht wissen könne, welche Leute in der Zukunft in Deutschland an der Spitze seien. Das zeigte, welchen bleibenden traumatisierenden Eindruck der Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, der 30 Millionen tote Sowjetbürger zur Folge hatte, auf die letzten führenden Politiker der Sowjetunion hatte.

Ein deutscher Nato-raus-Alleingang, wie von den Gegnern der Linken simplifizierend als deren Konzept unterstellt, hätte somit etwas Geschichtsvergessenes. Zur Erinnerung: Als Jugoslawien zerbrach, engagierte sich Westdeutschland sofort aufseiten Kroatiens und Sloweniens. Außenminister Hans-Dietrich Genscher setzte die schnelle Anerkennung dieser beiden Staaten durch, während Frankreich auf der serbischen Seite stand und mit dem Vorgehen der deutschen Regierung haderte. Statt deutsch-französischer Freundschaft schimmerten die Präferenzen der Vergangenheit durch. Es läuft mir kalt den Rücken hinunter, wenn ich mir vorstelle, welche atavistischen Reflexe ein isolierter Nato-Austritt Deutschlands in Europa auslösen würde. Im breiten Spektrum zwischen dem nun einmal tatsächlich allein von den Linken nicht zu verantwortenden Afghanistan-Debakel und der Sensibilität im Hinblick auf das

Katastrophale des historischen deutschen Sonderwegs hätte es genug Potenzial für einen konstruktiven Umgang mit der Nato-Frage im Falle von Rot-Grün-Rot gegeben. Es war nicht das Schlechteste, dass Bodo Ramelow sich vor der Wahl bei einer Pressekonferenz der Linken hinsichtlich der Friedensfrage vage äußerte, man sei permanent in einem offenen Prozess. Auch wenn die R2G-Option passé ist, sollte der offene Prozess fortgesetzt werden. Auch „wichtigen Stammwählern“ darf man Reflexions- und Diskursfähigkeit nicht von vornherein absprechen. Siegfried Kowallek

Lästiges Anhängsel einiger Altlinker

Den Linken weinen mit Sicherheit nur Wenige eine Träne nach. Gäbe es sie nicht, hätte die Rote-Socken-Kampagne der Union ihr nicht die für Rot-Grün fehlenden drei bis vier Prozent mehr gebracht. Sie sind ein lästiges Anhängsel einiger Altlinker, die immer noch nicht verstanden haben, dass es mit dieser Ideologie nicht funktioniert. Aber das ist eigentlich schon zu viel dazu geschrieben. Die Union ist immer noch dabei, sich zu finden. Es scheint um Söder Teile der Union zu geben, die gar nicht wollen, dass es zu einer unionsgeführten Regierung kommt, bei der es natürlich keine starke Führung der Union geben kann. Läscher steht nach meiner Meinung kurz davor, Kanzler zu werden. Er muss es aber schaffen, dass die eigenen Leute das auch wollen. Das scheint das größte Problem für ihn zu sein. Die FDP will das, und auch Teile der Grünen sind wohl nicht abgeneigt. Ich bin der Meinung, dass es nicht zu einem guten Ergebnis für das Land kommen kann in dieser Konstellation, aber wenn Habeck und Kretschmann das wollen, kann es nur die Union selbst verhindern. hans

Diskussion: frblog.de/wahl-21

Auf Kosten der Armen

Zu: „Ja, die Schweiz will“, FR-Politik vom 27. September

Ja, was will die Schweiz? Sie will, dass die Eheschließung von lesbischen und schwulen Paaren mit der zwischen Mann und Frau gleichgestellt wird. Endlich! Aber was will die Schweiz nicht? Dass Löhne entlastet werden und Kapital gerecht besteuert wird. Fast zwei von drei Schweizer:innen stimmten gegen die „99-Prozent-Initiative“ der Jungsozialist:innen. Kein einziger Kanton nahm die Initiative an. Die Schweizer Wirtschaftsverbände zeigen sich zufrieden.

Aus dem endlich zu Ende gehenden Wahlkampf bei uns höre ich noch Christian Lindner: „Keine Steuererhöhung mit uns“. Gute Voraussetzung für künftige Koalitionsverhandlungen? Wie immer auf Kosten der Armen und zur Entlastung der Reichen? Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

Eine Frage von Verantwortung

Dr. Hontschiks Diagnose: „Drohen und Spalten“, FR-Panorama vom 25. September

Freiheiten dürfen nicht beschnitten werden

Ich danke ausdrücklich für Ihren Beitrag und Ihre Diagnose. Sehr oft habe ich nämlich das Gefühl, nicht mehr öffentlich oder im Freundeskreis verschiedene Vorstellungen zur Pandemie äußern zu können, ohne in die rechte Ecke oder in die Querdenkerecke gestellt zu werden, Querdenker, die auch gerne alle zu Radikalen gestempelt werden. Ich verurteile selbstverständlich jegliche Gewalt.

Aber wir müssen verhindern, dass Schuldzuweisungen und Angsterzeugung eine weitere Spaltung der Gesellschaft erzeugen. Ich hoffe, wir lernen, einander wieder zuzuhören und unterschiedliche Überzeugungen auszutauschen und dann

auch zuzulassen. Wir dürfen in einem freiheitlichen Staat nicht in die Beschneidung von persönlichen Freiheiten schlittern. Ferdinand Müller, Haibach

Der Schuldbegriff ist hier fehl am Platz

Voranschicken möchte ich, dass ich bisher die Analysen von Herrn Hontschik zu 100 Prozent geteilt habe. Diesmal tue ich das nicht: Aus meiner Sicht ist der Schuldbegriff fehl am Platz. Es geht um Verantwortung. Trage ich nur Verantwortung für mich (Skifahren, Motorrad), ist der juristisch gedeckte Anspruch, mit der Gesundheit zu machen, was man will, richtig. Werden in Einzelfällen andere mit hineingezogen, greifen meist Versicherungen. Im Falle einer nicht ent-

deckten Coronainfektion hat das Konsequenzen, die nicht mit denen eines Unfalls oder eines Schadens durch selbstschädigendes Verhalten zu vergleichen sind. Die Kettenreaktionen, die in diesem Fall entstehen, sind hinlänglich bekannt.

Und wenn davon die Rede ist, dass Menschen ängstlich sind: Angst ist überwindbar, sofern ich bereit bin, mich zu informieren. Und das, finde ich, ist auch eine Frage von Verantwortung. Wenn ich diese nicht übernehme, muss ich die Konsequenzen meines Handelns tragen und die sicher nicht angenehmen Maßnahmen wie Testen und finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Ich zitiere Hegel: Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.

Barbara Neurohr, Saarbrücken